



Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Birgit Heitland
Rathaus
Untergasse 16
64673 Zwingenberg

Zwingenberg, den 09.09.2019

Sehr geehrter Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, folgenden Antrag zum geplanten Verbot von Gummigranulat durch die EU bei der Stadtverordnetensitzung am 19.09.2019 auf die Tagesordnung zu nehmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Kommunalen Spitzenverbände auf, über ihre Vertretungsorgane in Brüssel auf die Kommission einzuwirken, bei einem Verbot von Gummigranulat auf Sportplätzen und Kunstrasenanlagen die dafür vorgesehene Frist über das Jahr 2022 hinaus zu verlängern und eine Übergangsfrist mit Bestandsschutz vorzusehen. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die anfallenden Kosten für den Austausch des Granulats nicht allein bei den betroffenen Kommunen verbleiben.

Begründung:

Fast täglich kursieren Meldungen in den Medien, nach denen das derzeit üblicherweise auf Kunstrasenplätzen verwendete Gummi-Granulat als Verursacher von Mikroplastik gilt. Vonseiten der EU wird deshalb ein Verbot dieses Granulats geplant, das nach jetzigem Stand der Diskussion kurzfristig und sogar ohne Übergangsfristen in Kraft treten könnte. Dieses Vorhaben der EU hat zahlreiche Vereine und Kommunen in Unruhe versetzt, die ebenso wie Zwingenberg erst vor kurzem mit großem finanziellen Aufwand neue Kunstrasenplätze angelegt und dabei ein zu diesem Zeitpunkt zulässiges und zertifiziertes Granulat verwendet haben. Ein eventuelles Verbot des infrage stehenden Gummigranulats sollte daher in jedem Fall eine ausreichende Übergangsfrist vorsehen.

Ein Verbot ohne finanzielle Ausgleichsregelung zugunsten der betroffenen Vereine und Kommunen, würden diese durch den erforderlichen Austausch der Füllstoffe mit erheblichen Kosten belastet. Aktuelle Schätzungen gehen von einem hohen zweistelligen Millionenbereich aus.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Regina Nethe-Jaenchen
(Fraktionsvorsitzende)